



Protokollauszug

zum AUSSCHUSS FÜR BILDUNG, SPORT UND SOZIALES

am Mittwoch, 27.05.2020, 17:00 Uhr, Kulturzentrum, Großer Saal

ÖFFENTLICH

TOP 1 Auswirkungen der Corona-Pandemie - Bericht zum
aktuellen Stand

Beratungsverlauf:

EBM **Seigfried** begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung. Nachdem es zur Tagesordnung keine Änderungswünsche gibt, ruft er Tagesordnungspunkt 1 auf. Die Pandemieeindämmung sei positiv gelungen, so EBM Seigfried und weist gleichwohl auf eine eventuelle trügerische Sicherheit hin. Im Bereich der Kindertageseinrichtung gebe es die politische Ankündigung auf Aufnahme des Vollbetriebes Ende Juni. Die Einhaltung der Pandemierahmenbedingungen sei im Vollbetrieb nicht möglich. Man brauche landesweit die Möglichkeit einer hohen Testdichte um auftretende Fälle schnell festzustellen und ein Team zur Vorgangsverfolgung der Infektionswege. Die Infektionen müssen gering gehalten werden, sonst sehe er das Risiko als nicht kalkulierbar. An vielen Stellen werde hinsichtlich der Neuregelungen nachjustiert. Zudem geht er auf eine aktuelle Berichterstattung der Ludwigsburger Kreiszeitung, hinsichtlich des gemeinschaftlichen Singens, ein. Die Betroffenen erklärten, dass lediglich zur fotografischen Dokumentation dieses Bild entstanden sei. Ein nachbarschaftliches Singen finde im jeweils eigenen Garten, unter Berücksichtigung der Abstandsregelungen, statt.

Frau **Schmetz** (FB Bildung und Familie) und Herr **Dahler** (FB Sport und Gesundheit) berichten weiter über den aktuellen Stand zu den Auswirkungen der Corona-Pandemie anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt.

Stadtrat **Müller** fragt nach, wann mit einer Öffnung der Schwimmbäder zu rechnen sei.

Stadtrat **Meyer** erkundigt sich nach interimswisen Ersatzflächen zum ausweichen. Zudem wünscht er Information hinsichtlich der Anzahl der Betreuer, die zur Risikogruppe gehören.

Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** spricht die Möglichkeit des Einsatzes von Jugendbegleitern für Sommerferienangebote an.

Die Entwicklung müsse abgewartet werden, so Stadtrat **Heer**. Der Bedarf der Eltern werde gesehen. Die Verwaltung sei äußerst bemüht.

Das Signal sei positiv, dennoch müsse man achtsam sein, so Stadträtin **Moersch**. Die Herausforderung der Eltern sei massiv. Man müsse jede Möglichkeit ausschöpfen und Räumlichkeiten schaffen.

Ab 02.06. dürfen Schwimmbäder für Schwimmkurse und Schwimmtraining geöffnet werden, so Herr **Dahler**. Für den Profisport und die Prüflinge sei dies bereits jetzt schon möglich. Die Hygienemaßnahmen seien sehr komplex. Für Freibäder gebe es noch keine Verordnung. Hierzu

müsse vermutlich ein Online Buchungssystem eingeführt werden.

EBM **Seigfried** fügt hinzu, dass die Freibäder im Betrieb der SWLB stehen. Der Aufsichtsrat müsse die Rahmenbedingungen und die wirtschaftlichen Folgen abwägen. Momentan fehle es noch an einer Rechtsgrundlage.

Frau **Schmetz** geht weiter auf die offenen Fragen ein. Hinsichtlich der Erzieherinnen und Fachkräfte gebe es verschiedene persönliche Einstellungen. Man schöpfe alle Räume in näherer Umgebung der Schulgebäude ab und prüfe die Reserven. Die Ferienplanung stelle eine große Herausforderung dar. Hierzu sei man im Kontakt zur Karlskaserne, Kultur- und Sportvereine. Man brauche verbindliche Strukturen und einen betreuenden Charakter. Eigene Ressourcen werden ebenso organisiert. Momentan lasse die Corona Verordnung keine Ferienbetreuung zu. Die Jugendbegleiter dürfen in den Schulbetrieb eingebunden werden.

Schwierig sei die Organisation der Öffnung in angemessener Weise und nötiger Sicherheit für alle Beteiligten, merkt EBM **Seigfried** an.

Beschluss:

Der Turn- und Sportverein Grünbühl e.V. erhält für die Sanierung seiner Duschen und Umkleideräume einen Zuschuss (50 % der anrechenbaren Kosten) in Höhe von gerundet 7.500 € sowie einen Zuschuss für Eigenleistungen in Höhe von 1.650 €. Der Verein erhält höchstens 9.150 €.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Beratungsverlauf:

Nachdem kein Sachvortrag gewünscht wird, eröffnet EBM **Seigfried** die Aussprache. Der Sportverband habe eine positive Stellungnahme abgegeben. Er merkt an, dass ein finanzieller Rettungsschirm für die Vereine nicht möglich sei, dennoch wolle man, wenn möglich, die Vereine unterstützen.

Die Unterstützung der Vereine sei wichtig, so Stadtrat **Klotz**. Lobend erwähnt er, dass viel Eigenleistung durch den Verein erbracht werde.

Stadtrat **Bauer** fragt nach möglichen Versicherungsleistungen.

Stadtrat **Prof. von Stackelberg** unterstützt ebenso dieses vorbildhafte Projekt, insbesondere wegen der hohen Eigenleistung.

Herr **Dahler** (FB Sport und Gesundheit) geht auf den Versicherungsschutz ein und teilt mit, dass ein Teil der Kosten von der Versicherung getragen werde.

EBM **Seigfried** lässt über die Vorlage abstimmen.

Beschluss:

1. Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis und dankt der Stiftung Kinderland für die gewährte Zuwendung.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die besondere Förderung der Familien mit Kindern in der Unterkunft Teinacher Straße dauerhaft fortzuführen.
3. Vor diesem Hintergrund wird der mittlerweile zuständige Fachbereich Sicherheit und Ordnung beauftragt im Rahmen der zusätzlichen personellen Ressourcen ein Konzept für die Arbeit mit Familien in der Obdachlosenunterkunft Teinacher Straße 11 zu entwickeln und im Ausschuss vorzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Beratungsverlauf:

Frau **Burk** (FB Bildung und Familie) stellt den Ergebnisbericht, anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt, vor. Das Projekt für obdachlose Familien endete im Juni 2019.

EBM **Seigfried** eröffnet die Aussprache und fügt hinzu, dass man heute über den Abschluss des Projektes informieren, sowie die beschlossene Aufstockung der Sozialarbeit zum Thema Obdachlosigkeit mit einer ähnlichen Gestaltung für Familien festlegen wolle. Die Obdachlosigkeit tangiere soziale, sowie ordnungsrechtliche Themen.

Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** spricht von einem guten Projekt mit einer besonderen Berechtigung und wünscht eine kontinuierliche Weiterarbeit.

Das Projekt sei begrenzt gewesen, so Stadtrat **Meyer** und dankt den Sponsoren. Dennoch solle das Wissen erhalten bleiben. Weiter geht er auf Ziffer 3 ein und fragt nach, ob die Beauftragung eines anderen Ausschusses möglich sei.

Stadträtin **Moersch** dankt der Stiftung und wird der Vorlage gerne zustimmen. Eine Dauerhaftigkeit und Begleitung der Eltern solle weiter existieren. Sie wünscht Informationen hinsichtlich des Umganges in der jetzigen Zeit.

Stadträtin **Metzger** stimmt ebenso zu. Eine Obdachlosenunterkunft solle nur eine kurze Zeit in Anspruch genommen werden. Durch die derzeitige angespannte Situation auf dem Wohnungsmarkt sei dies jedoch erschwert. Das Projekt sei sinnvoll und sie hofft auf einen nachhaltigen Effekt.

Stadtrat **Heer** signalisiert seine Zustimmung. Das Projekt sei sehr erfolgreich und die Arbeit für die Betroffenen wichtig. Ihn interessiert die Höhe der finanziellen Beteiligung.

EBM **Seigfried** merkt an, dass die Vorlage mit den beteiligten Fachbereichen und Dezernenten durch das Mitzeichnungsverfahren abgestimmt sei. Bei der letzten Haushaltsberatung habe man für den Fachbereich Sicherheit und Ordnung die Einrichtung von zwei Sozialarbeiter- und einer Hausmeisterstelle festgelegt. Früher seien für die WBL 1,5 Hausmeister und eine Sozialarbeiterstelle, sowie ein Verwaltungskostenanteil bezahlt worden. Aufgrund der Anzahl der Obdachlosen und der Erkenntnis des höheren Betreuungsaufwandes für Familien habe der Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales eine zweite Sozialarbeiterstelle beschlossen. Es entstehen keine Personalmehrkosten. Das Netzwerk existiere und könne aktiviert werden. Derzeit sei der Betrieb aufgrund der Corona Pandemie eingeschränkt.

Frau **Schmetz** (FB Bildung und Familie) fügt hinzu, dass man im enger Absprache mit dem Fachbereich hinsichtlich der Überführung der Konzeption und Netzwerksicherung stehe. Aufgrund des Kontaktverbotes konnten keine zusätzlichen Hilfen für die Kinder in den Gemeinschaftsunterkünften angeboten werden.

Stadtrat **Heer** fragt nach den wegfallenden Zuschüssen und ob anderweitig Zuschüsse abgeschöpft werden können.

Es seien verschiedene Stiftungen abgefragt worden, so Frau **Schmetz**.

EBM **Seigfried** lässt über die Vorlage abstimmen.

Beschluss:

Für die Umnutzung des ehemaligen Saunabereiches des historischen Stadtbades zum zentralen Jugendtreff wird der Bearbeitungsumfang auf Grundlage der „Variante 1“ (Umnutzung Erdgeschoss) festgelegt. Die Verwaltung wird beauftragt für diese Variante eine Entwurfsplanung mit Kostenberechnung zu erarbeiten und den zuständigen Gremien zur Entscheidung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Beratungsverlauf:

EBM **Seigfried** begrüßt die anwesenden Vertreter des Jugendgemeinderates.

Frau **Schmetz** (FB Bildung und Familie) informiert anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt. Insbesondere geht sie auf die Ausgangslage ein. Das Jugendtreffen in der Innenstadt habe eine zentrale Wirkung. Dort bestehe bisher kein Freizeitangebot für Jugendliche. Im Stadtbad gebe es Raumressourcen im bisherigen Saunabereich. Zudem werde der Raumbedarf der Schulen größer. Das PaSta sei aufgrund eines Wasserschadens momentan provisorisch in Klassenräumen untergebracht. Man brauche hierfür eine Alternative. Für den zentralen Jugendtreff, der den Schülertreff mit auffangen werde, sei kein zusätzliches Personal notwendig. Außerdem gebe es interessierte Kooperations- und Netzwerkpartner. Hierdurch könne die Angebotsvielfalt für die Jugendlichen erweitert werden. Der Jugendgemeinderat habe sich sehr engagiert. Die Räumlichkeiten seien von den Jugendlichen mitkonzipiert und die Bereitschaft zur Mitwirkung sei signalisiert worden. Der Jugendtreff könne zudem am Wochenende geöffnet werden. Die Fachplanung übernehme die Verwaltung teilweise selbst und könne hierdurch Kosten einsparen.

EBM **Seigfried** geht auf die derzeitige Finanzkrise ein. Viele Bauprojekte werden je nach Entwicklung der Finanzsituation zeitlich geschoben. Für dieses Projekt habe man eine wirtschaftliche Lösung mit entsprechender Förderung gesucht und dieses solle weiterentwickelt werden. Er eröffnet die Aussprache.

Dieses Projekt solle umgesetzt werden, so Stadträtin **Steinwand- Hebenstreit**. Man müsse für den Jugendgemeinderat und die Jugendlichen ein Zeichen setzen. Das Gebäude sei sehr schön, habe eine gute Energiebilanz und müsse einer guten Nutzung zugeführt werden. Sie wolle in die Jugend investieren und spricht sich für Variante 2 aus.

Über diesen Änderungsantrag wird EBM **Seigfried** nach der Aussprache abstimmen lassen.

Stadtrat **Meyer** geht mit dem Verwaltungsvorschlag zu Variante 1 mit. Diese biete Chancen und eine Erweiterung sei nicht ausgeschlossen. Die Mitwirkung der Jugend sei ein wichtiger Teil der Umsetzung.

Stadträtin **Moersch** lobt den großen Einsatz der Jugend. Trotz der finanziellen Situation wolle sie ein Signal setzen. Sie werde dem Verwaltungsvorschlag zustimmen. Dennoch wolle sie die Möglichkeit des Ausbaus im Untergeschoß offen halten. Hierzu wünscht sie eine Kostenschätzung

für einen zweiten Zugang.

Der Bedarf werde gesehen und das Projekt sei zu keiner Zeit in Frage gestellt worden, so Stadtrat **Prof. von Stackelberg**. Seine Fraktion werde ein unterschiedliches Abstimmungsverhalten zeigen. Er dankt dem Jugendgemeinderat und hofft auf eine große Annahme. Ein Aufenthaltsort, sozialpädagogische Betreuung und Raum für Kreativität werde dringend gebraucht. In der weiteren Planung solle der Jugendgemeinderat weiter beteiligt werden. Er befürchtet, dass bei einer Zustimmung für Variante 1, ein weiterer Ausbau in den nächsten Jahren nicht erfolge.

Der Bedarf und die Notwendigkeit seien unstrittig, merkt Stadtrat **Heer** an und geht mit dem Verwaltungsvorschlag mit. Eine offene Jugendarbeit und Vernetzung mit den Schulen könne hier stattfinden. Variante 2 müsse zwangsläufig nicht sofort umgesetzt werden, jedoch werde diese zu einem späteren Zeitpunkt nicht ausgeschlossen.

Die Notwendigkeit des Projektes sei gegeben und der Nutzen sehr groß, so Stadträtin **Schmidt**. Sie schließt sich dem Änderungsantrag an.

EBM **Seigfried** geht auf die Vorlage ein. Er formuliert einen Änderungsantrag mit Austausch von Variante 1 durch Variante 2.

Stadträtin **Moersch** geht auf den Zugang zum Untergeschoß, mit einer provisorischen Nutzung ein und fragt nach den Kosten.

Eine Kostenkalkulation hierzu gebe es nicht, so EBM **Seigfried**. Vor allem durch die Brandschutzauflagen sei dies schwer kalkulierbar. Planungsüberlegungen für einen Zugang könnten beim Fachbereich angefragt werden.

EBM **Seigfried** lässt über den Änderungsantrag für Variante 2 abstimmen. Dieser wird mit 5 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen abgelehnt. Danach stellt er die Beschlussvorlage Nr. 117/20 zur Abstimmung.

Beschluss:

Die Vereinbarung zwischen dem Deutschen Kinderschutzbund, Orts- und Kreisverband Ludwigsburg e.V. und der Stadt Ludwigsburg über die Durchführung von Familienbesuchen wird um weitere drei Jahre bis zum 31.12.2023 verlängert.

Eine Neuauflage der Broschüre „Hallo Baby“ wird im Laufe des Jahres 2023 geplant. Hierfür wird ein Budget von 5.000 € im Haushaltsjahr 2023 berücksichtigt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 8 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen mehrheitlich gefasst.

Beratungsverlauf:

Nachdem kein Sachvortrag vorgesehen ist, eröffnet EBM **Seigfried** die Aussprache. Die Aufgabe sei gesetzlich vorgegeben und werde im Landkreis Ludwigsburg nicht vom Kreisjugendamt durchgeführt, sondern aufgrund einer Vereinbarung von den Kommunen selbst. Die Stadt habe diese Aufgabe an den Kinderschutzbund delegiert.

Die Idee gehe auf einen Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen zurück, so Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit**. Sie wünscht sich ein anderes Konzept, obwohl der Kinderschutzbund diese Aufgabe gut erfüllt und werde der Vorlage nicht zustimmen. Die Information könne über den sozialen Dienst im Krankenhaus erfolgen. Es gebe derzeit viele Strukturen in der Stadt, die eine Umsetzung dieses Angebotes wahrnehmen könnten. Man könne hier vorerst finanzielle Mittel einsparen.

EBM **Seigfried** weist darauf hin, dass in vielen Städten, im Unterschied zu Ludwigsburg, ein eigenes Jugendamt integriert sei. Für Ludwigsburg sei das Kreisjugendamt zuständig. Das Leistungsangebot müsse erfüllt werden.

Frau **Schmetz** (FB Bildung und Familie) ergänzt, dass über die Verwaltung lediglich der Schober für das Informationsmaterial und die Taschen finanziert werden, weitere Angebote organisiere der Kinderschutzbund über Spenden und Drittmittel selbst. Hausbesuche seien gesetzlich vorgeschrieben und müssen angeboten werden. Bisher habe man sich für eine freiwillige Variante der Besuche entschieden. Über die Bürgerdienste erfolge die Ausgabe von Informationsmaterial.

Diese kommunale Aufgabe müsse erfüllt werden, so Stadtrat **Meyer**. Man stehe mit einem wertvollen Partner seit Jahren in Kooperation. Er stimmt der Vorlage gerne zu. Bei Familien sehe er eine niedere Schwelle hinsichtlich eines Besuches durch den Kinderschutzbund.

Stadtrat **Dengel** lobt die gute Arbeit des Kinderschutzbundes und wird der Vorlage zustimmen.

Das Projekt und der Partner seien gut. Es diene der Prävention, sei nachhaltig und sinnvoll, merkt Stadträtin **Metzger** an.

Mit geringen finanziellen Mitteln könne man hier viel erreichen, so Stadtrat **Heer**. Das niederschwellige, aufsuchende, freiwillige Angebot sei qualitativ. Er signalisiert ebenso seine

Zustimmung und dankt dem Kinderschutzbund.

Ebenso ihre Zustimmung gibt Stadträtin **Schmidt**.

EBM **Seigfried** lässt über die Vorlage abstimmen.

Beschlussempfehlung:

Der anteiligen Förderung der gesetzlich vorgeschriebenen Brandschutzmaßnahmen in Höhe von 8.669,70 Euro wird zugestimmt.

Der anteiligen Förderung der Mehrkosten im Haus Morgentau mit 85% und im Haus Abendrot mit 80% wird zugestimmt. Für das Haus Morgentau werden zusätzlich 58.781,63 Euro bewilligt, für das Haus Abendrot 7.891,60 Euro.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 9 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Der Beschluss geht als Empfehlung an den Gemeinderat.

Beratungsverlauf:

Frau **Schmetz** (FB Bildung und Familie) geht auf die Vorlage ein. Die Zuschusshöhe für Investitionen sei von 85% auf 80% gesenkt worden. Die Zuschussanträge für die Gebäude Morgentau und Abendrot seien zeitlich getrennt gestellt worden. Hierdurch entstehe dieser Mix aus beiden Zuschusshöhen. Zudem habe es erstmalig vom Land ein Investitionskostenzuschuss für den Erhalt der Plätze gegeben.

EBM **Seigfried** eröffnet die Aussprache.

Grundsätzlich stimme er der Vorlage zu, merkt Stadtrat **Bauer** an. Jedoch interessiere ihn der Grund für die Mehrkosten.

Die Mehrkosten seien durch Brandschutzaufgaben entstanden, so Frau **Schmetz**.

EBM **Seigfried** fügt hinzu, dass weitere Schutzmaßnahmen erforderlich waren.

Stadtrat **Klotz** geht kritisch auf die Kostensteigerung ein. Der Antrag sei bereits im Jahre 2016 gestellt worden. Die Kostenschätzung beruht auf dem Jahre 2016. In der Kostenberechnung müssten Brandschutzaufgaben berücksichtigt werden. Aufgrund der angespannten Haushaltslage sei fraglich, ob künftig Mehrkosten bezuschusst werden können. Durch Controller könnten die Kosten plausibilisiert werden. Ein Brandschutzsachverständiger könne bei Unsicherheit zum Thema Brandschutz eingeschaltet werden. Erfreulich sehe er die Landesförderung. Trotz Kritik werde er zustimmen.

Künftig solle mit Baukostensteigerungen anders umgegangen werden, so Stadtrat **Prof. von Stackelberg**. Jeder Kindergartenplatz sei wichtig, sofern werde er zustimmen.

Stadtrat **Heer** äußert sich ebenso kritisch. Preissteigerungen sollten künftig einkalkuliert werden. Es habe in fast allen Gewerken Kostensteigerungen gegeben, merkt er an. Er schätzt die Arbeit der freien Träger.

Stadtrat **Bauer** geht auf die Mehrkosten für Sanitäreinrichtungen ein. Hierin sehe er keine gesetzlich notwendigen Maßnahmen zum Brandschutz.

In der Vergangenheit sei die Kostenschätzung zugrunde gelegt worden, so Frau **Schmetz**. Mittlerweile fordere man eine Kostenberechnung.

EBM **Seigfried** lässt über die Vorlage abstimmen.

Antragstext:

1. Der Gemeinderat der Stadt Ludwigsburg beschließt, dem kommunalen Bündnis „Sicherer Hafen“ beizutreten. Die Stadt Ludwigsburg setzt sich damit, gemeinsam mit vielen anderen Menschen und Initiativen unserer Stadt für sichere Fluchtwege, für eine humane Aufnahme von Geflüchteten und eine klare Perspektive für bei uns lebende Geflüchtete ein.
2. Die Stadt Ludwigsburg setzt sich insbesondere für geflüchtete minderjährige Kinder und Jugendliche ein und fordert den Landkreis als kommunalen Jugendhilfeträger auf, die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um insbesondere Kinder und Jugendliche vom Flüchtlingslager Moria auf Lesbos eine menschenwürdige Betreuung und Förderung zu gewährleisten. Die Stadt Ludwigsburg sagt hierfür ihre Unterstützung zu.
3. Das Land Baden-Württemberg und das Innenministerium der Bundesrepublik Deutschland werden aufgefordert, die erforderlichen rechtlichen Voraussetzungen kurzfristig zu sichern, damit Kinder und Jugendliche im Rahmen einer Kontingentlösung aufgenommen werden können.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Die Ziffern 1 bis 3 werden getrennt abgestimmt.

Der Beschluss zu Ziffer 1 wird mit 7 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Der Beschluss zu Ziffer 2 wird mit 10 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 0 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Der Beschluss zu Ziffer 3 wird mit 7 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich angenommen.

Beratungsverlauf:

EBM **Seigfried** gibt das Wort an die Antragsteller weiter.

Stadträtin **Shoaleh** erläutert den Antrag und lobt das Engagement der Initiative „Seebrücke“. Man wolle ein Zeichen der Solidarität setzen und sich aktiv beteiligen. Es sei die humanitäre und moralische Pflicht sich einzusetzen. Darüber hinaus müsse eine europäische Lösung gefunden werden. Sie bittet dem Antrag zuzustimmen.

EBM **Seigfried** eröffnet die Aussprache. Er begrüßt die anwesenden Mitglieder des Integrationsrates Frau Aiemut und Herrn Jeuk.

Stadtrat **Meyer** dankt Stadträtin Shoaleh für ihr persönliches Engagement. Seine Fraktion habe sich intensiv mit diesem Antrag und den Hintergründen befasst. Er sehe einen Beitritt als nicht sinnvoll an. Wer ein Signal setze, müsse auch die Konsequenzen tragen und kritisiere andere Kommunen. Die trügerische Hoffnung birgt eine Gefahr für die flüchtenden Menschen und locke vermehrt Menschen auf das Meer. Es werde nicht zwischen Erwachsenen und Kindern unterschieden. Er wolle einer europäischen Lösung nicht vorgreifen. Zudem umgehe man die innerdeutsche und kommunale Solidarität. Seine Fraktion stehe zum Königsteiner Schlüssel. Ludwigsburg habe viel zur Integration von Geflüchteten geleistet. Die Fluchtursachen in den Heimatländern müssen bekämpft werden. Ziffer 2 könne er zustimmen, jedoch Ziffer 1 und 3 nicht.

Ziffer 1 sei nicht Aufgabe der Kommune und könne nicht befürwortet werden, so Stadtrat **Dengel**. Ziffer 2, insbesondere Kinder und Ziffer 3 werde er zustimmen. Er wünscht eine getrennte Abstimmung.

Es solle ein Signal gesetzt werden, merkt Stadträtin **Metzger** an. Die Probleme seien erkannt und man wolle ein menschliches Zeichen setzen. Aufgrund des Beitrittes bezweifle sie einen Anstieg der Fluchtversuche.

Der Antrag sei symbolisch und wichtig, so Stadträtin **Schmidt** und sie habe sich diesem gerne angeschlossen.

Die Verwaltung habe in der Flüchtlingsarbeit viel getan, teilt Stadtrat **Heer** mit. Ludwigsburg sei seiner Verantwortung beim humanitären Umgang in der Betreuung von Flüchtlingen gerecht geworden und habe vorbildlich gehandelt. Die europäische Ländergemeinschaft solle sich diesem Thema annehmen. Er wünscht ebenso eine getrennte Abstimmung. Zu Ziffer 1 und 3 signalisiert er die Zustimmung. Ziffer 2 werde er nicht zustimmen. Alle Flüchtlinge brauchen eine klare Perspektive, nicht nur Lesbos, auch für Geflüchtete über den Landgang. Eine Solidaritätsgemeinschaft sei gefordert. Er geht weiter auf die kommunale Zuweisungen ein.

Ludwigsburg habe beim Umgang mit Flüchtlingen vorbildlich gehandelt, merken Frau **Aiemut** und Herr **Jeuk** an. Man wolle mit dem Beitritt ein Signal setzen und gemeinsam mit anderen Kommunen einen Beitrag leisten.

EBM **Seigfried** geht auf die erfolgte intensive Diskussion mit unterschiedlichen Aspekten und wichtigen Beiträgen ein. Der Antrag habe einen großen Symbolgehalt. Man sei abhängig von gesetzlichen Vorgaben und Zuweisungsregelungen und geht weiter auf die aktuellen Flüchtlingszahlen ein. Die inhumanen Verhältnisse auf den griechischen Inseln seien erschreckend und dramatisch. Diese könnten nicht ad hoc verändert werden. Durch praktisches Handeln habe Ludwigsburg ein klares Signal für eine humane Flüchtlingspolitik gesetzt. Weiter geht er auf den Antrag des Kreisjugendamtes, auf Aufnahme von UMAS über die Sollquote hinaus, ein.

Die Debatte sei wichtig, es gehe auch um Moral und Globalisierung, merkt Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** an. Gegen die Schlepperbanden müsse vorgegangen und Maßnahmen aller europäischen Länder getroffen werden. Weiter geht sie auf die Ursachen von Kriegen und Vorteilmnahmen ein.

EBM **Seigfried** fügt hinzu, dass die Debatte nicht über Ursachenforschung der Kriege geführt werden solle.

Stadtrat **Meyer** geht auf moralische Vorstellungen und moralisches Handeln ein. Es dürfe nicht zu mehr Leid und Problemen führen. Andere Meinungen sollen akzeptiert werden.

Im Sozialausschuss des Kreistages habe seine Fraktion dem Antrag zugestimmt, merkt Stadtrat **Heer** an. Ludwigsburg sehe er als sicherer Hafen, sei gut aufgestellt und mache sehr viel in der Flüchtlingspolitik. Im Rahmen des Königsteiner Schlüssels könne er zustimmen und verweist auf die Kontingente. Andere Kommunen seien ebenso in der Pflicht.

Stadtrat **Prof von Stackelberg** wünscht nach außen ein klares Signal mit einer breiten Mehrheit.

Stadträtin **Moersch** stört sich bei der heutigen Debatte daran, dass eine Nichtzustimmung als inhuman gewertet werde. Ludwigsburg habe in der Vergangenheit humane Hilfe bewiesen. Sie lehnt eine falsche Signalwirkung ab. Es solle keine Asylpolitik auf eigene Faust gemacht werden. Europa brauche eine gemeinsame Lösung.

Aufgrund der Bitte aus dem Gremium über Ziffer 1 bis 3 getrennt abzustimmen, ruft EBM **Seigfried** Ziffer 1 bis 3 des Antrages einzeln zur Abstimmung auf. Dieses Thema werde in einer kommenden Sitzung des Gemeinderates auf die Tagesordnung genommen.

Beschluss:

Die Wohnraumoffensive „TürÖffner“ der Caritas Ludwigsburg-Waiblingen-Enz wird jährlich mit bis zu 10.000 Euro gefördert. Die Förderung ist daran gebunden, dass die Caritas bedürftige Ludwigsburger Familien und Einzelpersonen in eigene Wohnungen vermittelt und begleitet.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Beratungsverlauf:

Herr **Henning** (FB Bürgerschaftliches Engagement, Soziales und Wohnen) geht auf die Vorlage ein.

Das Projekt sei sehr nachhaltig und erfolgreich, fügt EBM **Seigfried** hinzu.

Stadträtin **Shoaleh** stimmt gerne zu und dankt für die gute soziale Arbeit und das Engagement. Hierdurch könne Familien aus prekären Wohnverhältnissen geholfen werden. Netzwerke können genutzt und das Potential des Wohnungsleerstandes aufgedeckt werden.

Stadtrat **Klotz** lobt die gute Arbeit. Die Caritas verfüge über ein entsprechendes Netzwerk und gebe den Vermietern Sicherheit.

Das Projekt sei sinnvoll, so Stadträtin **Metzger**. Sie fragt nach, ob Wohnungen auch außerhalb von Ludwigsburg möglich seien.

Die Caritas habe einen großen Einzugsbereich und verfüge über ein tolles Netzwerk, fügt EBM **Seigfried** hinzu. Für die Betroffenen und die Vermieter sei dieses Projekt eine große Hilfe und sei nicht an eine Wohnung in Ludwigsburg, sondern an Personen aus Ludwigsburg, gebunden.

Die Caritas erleichtere den Einstieg in den Wohnungsmarkt, merkt Stadtrat **Heer** an. Diese Hilfe sei wichtig. Die Pauschale sei angebracht und das Projekt zu unterstützen. Er wird der Vorlage zustimmen und spricht seinen Dank an die Caritas aus.

EBM **Seigfried** lässt über die Vorlage abstimmen.

geänderter Beschluss:

Für Selbstzahler in der Anschlussunterbringung ~~verringert sich werden~~ die **Gebührenreduzierung** ~~Gebühren~~ ab dem 1.7.2020 von bisher 50 % auf künftig 25 % reduziert. Die zeitliche Befristung auf zwei Jahre wird aufgehoben. Für den Anspruch auf Gebührenreduzierung wird eine Einkommensobergrenze festgelegt. **Die Satzung über die Benutzung von Obdachlosenunterkünften der Stadt Ludwigsburg wird durch eine Satzungsänderung entsprechend angepasst.**

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der geänderte Beschluss wird mit 10 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Beratungsverlauf:

Herr **Henning** (FB Bürgerschaftliches Engagement, Soziales und Wohnen) informiert zum Thema. Er berichtet aus den Erfahrungen der letzten zwei Jahre. Die Erwartungen seien nicht erfüllt worden und der Verwaltungsaufwand sehr hoch. Zudem sei die Wohnsituation in Ludwigsburg sehr angespannt. Bei Zustimmung werde eine Satzungsänderung folgen.

EBM **Seigfried** formuliert einen modifizierten Beschlussvorschlag.

Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** signalisiert ihre Zustimmung. Eine Angleichung sei, nach dieser Erprobungsphase, notwendig. Die weitere Entwicklung müsse abgewartet werden, auch hinsichtlich preisgünstigen Wohnraumes.

Ebenso zustimmen wird Stadtrat **Meyer**. Er wünscht in gewissen Abständen weitere Informationen. Das Ziel solle Arbeit und Wohnraum sein.

Stadtrat **Dengel** stimmt zu und wünscht ebenso zeitweise informiert zu werden.

Stadtrat **Prof. von Stackelberg** geht auf die zwei Jahresregelung ein und wünscht hierzu noch weitere Information, vor allem hinsichtlich der Möglichkeit einer Ansparung.

Die Reduzierung solle auch länger als zwei Jahre in Anspruch genommen werden können, so Herr **Henning**.

Man brauche eine wirkungsorientierte Maßnahme und eine realistische Perspektive einer Ansparung, sowie Motivation, fügt EBM **Seigfried** hinzu. Es sollen realistische Gebühren angesetzt werden.

Stadtrat **Heer** stimmt ebenso zu. Durch die Verringerung werden dennoch die Einnahmen steigen.

Stadträtin **Schmidt** wünscht reelle Chancen auf eine Wohnung und Arbeit. Dies sei in Ludwigsburg nicht gegeben und wird deshalb der Vorlage nicht zustimmen.

EBM **Seigfried** formuliert einen geänderten Beschlussvorschlag, wie oben kursiv und gestrichen eingefügt und lässt über diesen abstimmen. Dieses Thema werde in einer kommenden Sitzung des Gemeinderates auf die Tagesordnung genommen.

EBM **Seigfried** beendet den öffentlichen Teil der Sitzung.